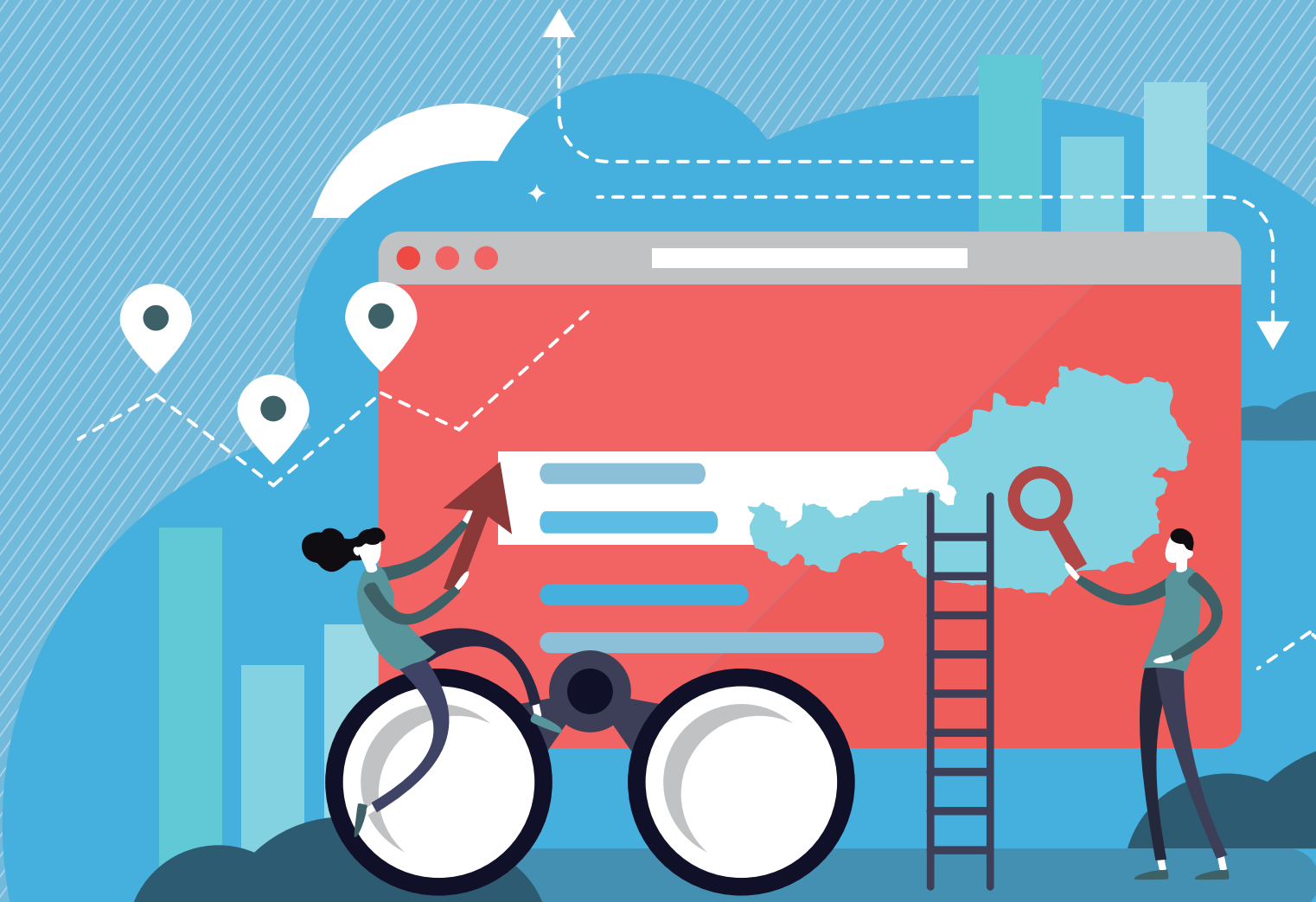







Standort-Check 2023

Österreichs Vorsprung schrumpft

ANALYSE DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES ÖSTERREICH
ANHAND AUSGEWÄHLTER SCHLÜSSELINDIKATOREN



Inhalt

1	Der Standort-Check	4
2	Das europäische und internationale Umfeld	6
3	Ergebnisse für Österreich auf einen Blick	7
4	Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail	12
	Inflation	13
	Inflationsrate	
	Inflationsdifferenzial zur EU-27	
	Wohlstand	16
	BIP pro Kopf	
	BIP-Wachstum	
	Potenzialwachstum	
	Inlandsnachfrage	
	Wettbewerbsfähigkeit	21
	Investitionen	
	Exporte	
	Lohnstückkosten	
	F&E-Quote	
	Arbeitsmarkt	26
	Arbeitslosenrate	
	Beschäftigung	
	Beschäftigungsquote	
	Arbeitsproduktivität	
	Öffentliche Finanzen	31
	Öffentliche Verschuldung	
	Pro-Kopf-Schulden	
	Zinslast	
	Strukturelles Defizit	
5	Zusammenfassung und Bewertung	36

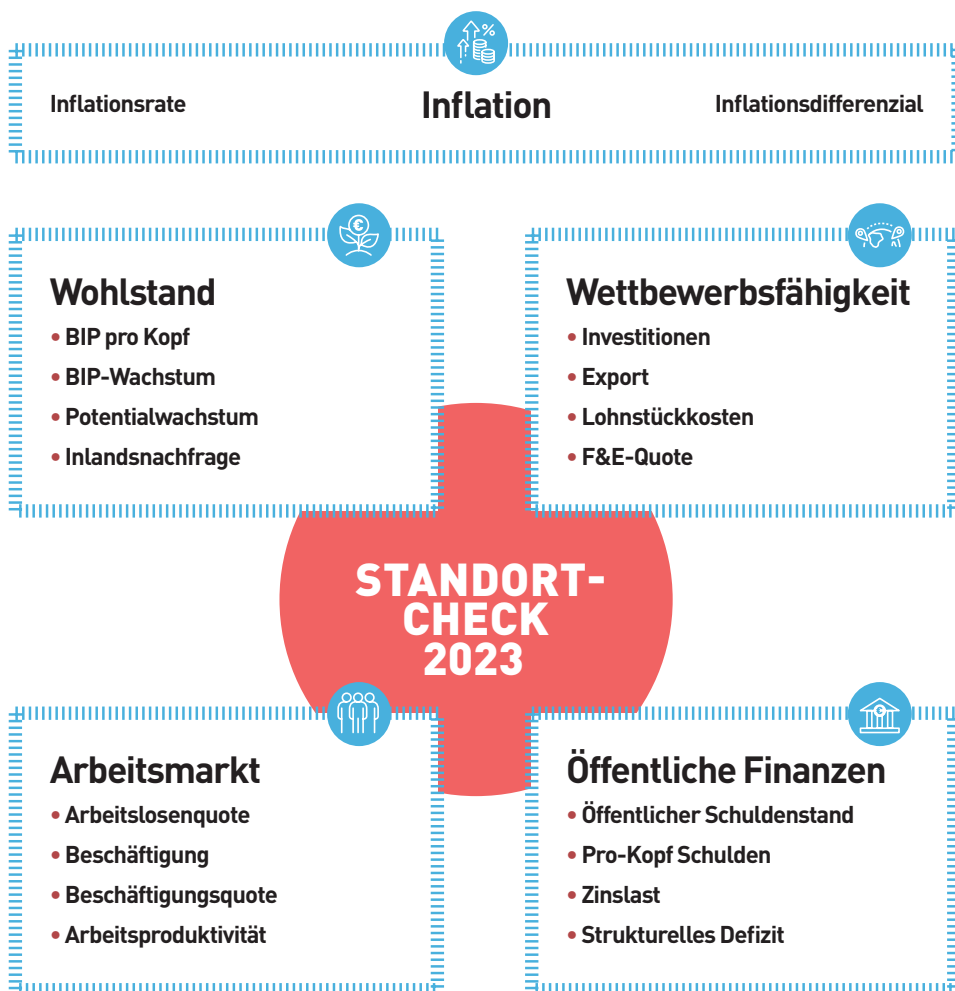
1 Der Standort-Check 2023

Der Standort-Check ist ein Vergleich von 18 makroökonomischen Schlüsselindikatoren für die Länder der EU.

Der Standort-Check der WKÖ gibt eine Übersicht über 18 makroökonomische Schlüsselindikatoren für Österreich und stellt einen Vergleich mit anderen Staaten der Europäischen Union (EU) her. Zugrunde gelegt werden Daten und Prognosen der Europäischen Kommission (EK)¹. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist es besonders wichtig, Prognosen mit Vorsicht zu betrachten. Daher fokussiert sich der Standort-Check 2023 auf das Jahr 2023. Nichtsdestotrotz besteht die Möglichkeit, dass das verwendete Zahlenmaterial zu einem späteren Zeitpunkt stärker revidiert werden muss als in wirtschaftlich normalen Zeiten.

Vier für den Standort relevante Bereiche unter Berücksichtigung der aktuellen Inflationsthematik.

Die Indikatoren sind in die Bereiche **Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen** gruppiert und enthalten sowohl Quoten als auch Wachstumsraten. Aufgrund der **aktuellen Situation** werden auch **Inflationskennzahlen** näher betrachtet. Wenngleich bei manchen Indikatoren eine differenziertere Betrachtung notwendig ist, lassen sich die Stärken und Schwächen Österreichs im Vergleich zu anderen EU-Ländern sowie gewisse Trends im Zeitverlauf erkennen. Ziel ist eine quantitative, übersichtliche Darstellung der österreichischen Position innerhalb der EU.



¹ Annual Macro-Economic Database (AMECO), Europäische Kommission, Mai 2023. Da die Ergebnisse jeder Prognose rückwirkend revidiert werden, ist ein direkter Vergleich mit vorangegangenen Standort-Checks nicht möglich.

Im Jahr 2023 hat Österreich mit den Auswirkungen des Ukrainekrieges und der Energiepreiskrise 2022 sowie den globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen zu kämpfen. Die Gesamtwirtschaft befindet sich in einer Stagflationsphase, die Industrie ist bereits in einer Rezession. **Einige volkswirtschaftliche Indikatoren entwickeln sich 2023 in Österreich schwächer als in vielen anderen EU-Ländern.** Der Standort gerät insbesondere auch aufgrund der – im internationalen Vergleich – hohen Inflation unter Druck.

Gesamtwirtschaftliche Stagflation, industrielle Rezession. Der Standort gerät unter Druck.

Inflation

Die Inflation bleibt in Österreich auf hohem Niveau und sinkt nicht so schnell wie im EU-Schnitt. Sie entsteht auf breiter Basis, ist jedoch insbesondere im Dienstleistungsbereich – mit einem hohen Arbeitskostenanteil – ausgeprägt und wird durch lediglich langsam sinkende Energiepreise im Jahr 2023 oben gehalten. Das Preisstabilitätsziel wird in den nächsten Jahren nicht erreicht werden. Die aktuell und in der Vergangenheit höheren heimischen Inflationsraten im Vergleich zum Eurozonen- und EU-27-Schnitt lassen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit konstant erodieren und stellen eine Gefahr für die künftige Attraktivität des Wirtschaftsstandortes dar.

Die siebthöchste Inflationsrate in der EU und konstant höhere Teuerungsraten als im Eurozonen- und EU-27-Schnitt belasten den Standort.

Wohlstand

Österreichs Wirtschaft stagniert. Das prognostizierte geringfügige Wirtschaftswachstum für 2023 ist im EU-Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Beim Wohlstandniveau liegt das Land im europäischen Vergleich in den Top-5. Die Inlandsnachfrage entwickelt sich 2023 nicht mehr so dynamisch wie im Jahr davor und wird heuer im EU-Schnitt liegen. Auch das Potenzialwachstum liegt im europäischen Schnitt.

Österreich erreicht nur den mageren Rang 21 beim BIP-Wachstum in der EU.

Wettbewerbsfähigkeit

Schwächen verstärken sich. Während die Bruttoinvestitionen im EU-Schnitt zulegen, entwickeln sie sich in Österreich, nach dem Einbruch 2022, nur seitwärts. Dies ist kritisch, da es vor allem (Neu-)Investitionen sind, welche die künftige Produktivität positiv beeinflussen. Nach einem überdurchschnittlichen Exportwachstum 2022 befindet sich Österreich im Jahr 2023 im EU-Vergleich lediglich im hinteren Drittel. Die Lohnstückkosten in Österreich steigen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich und liegen 2023 an siebthöchster Stelle in der EU und damit über dem EU-. Dadurch verliert Österreich wie auch vor der Covid-19- und Energiepreiskrise weiter an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Ein Lichtblick sind die Ausgabenentwicklungen für Forschung und Entwicklung: Die heimische F&E-Quote liegt 2023 in den TOP-3 der EU-27 Länder.

Wettbewerbsfähigkeit und Produktivitätsentwicklung schwächeln; Lichtblick sind hingegen die hohen F&E-Ausgaben.

Arbeitsmarkt

Gutes Mittelmaß. Österreichs Arbeitslosenrate ist 2023 zwar weiterhin unterdurchschnittlich, aber nicht mehr unter den Top-10 der EU-Länder. Die Beschäftigung steigt 2023, jedoch nicht dynamischer als im EU-Schnitt. Gleiches gilt für die Beschäftigungsquote. Seit 2012 ist erkennbar, dass EU-Länder in der Ausschöpfung ihres Arbeitskräftepotenzials größere Fortschritte machen als Österreich. Nach einem Anstieg im Jahr 2022 sinkt die heimische Arbeitsproduktivität 2023 im Gegensatz zum Durchschnitt der EU-Länder. Auch hier konnten Mitgliedsstaaten in den letzten 10 Jahren im Schnitt bessere Entwicklungen realisieren.

Die Arbeitslosenquote bleibt zwar unter dem EU-Schnitt, jedoch nicht mehr in den Top-10. Andere EU-Länder machen schnellere Fortschritte bei Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials.



Krisenkosten treiben nominelle Staatsschulden nach oben. Struktur-reformen sind notwendiger denn je.

Höhere Staatsschulden. Wegen Covid-19- und Energiepreiskrise und den Kosten daraus sind die nominellen Schulden des Staates stark gestiegen. Aufgrund der hohen Inflation kommt es jedoch zu einem verhältnismäßig moderaten Anstieg der Staatsschuldenquoten in Relation zum Vorkrisenjahr 2019. Österreichs Schuldenstand liegt dennoch deutlich über der Maastricht-Grenze von 60 % des BIP. Beim Schuldenstand pro Kopf befindet sich Österreich 2023 auf Rang 23 der 27 EU-Staaten. Die Kosten der Zinslast sind im EU-Vergleich aufgrund der guten Bonitätseinschätzung Österreichs unterdurchschnittlich hoch, werden jedoch aufgrund des Endes der Niedrigzinspolitik mittelfristig steigen. Demografischer Wandel und Investitionsnotwendigkeiten aufgrund der ökologischen und digitalen Transformation machen Strukturreformen unumgänglich, um auch künftig nachhaltige öffentliche Finanzen zu garantieren.

2 Das europäische und internationale Umfeld

Die Inflationsraten sinken 2023 merklich, verharren aber auf hohem Niveau. Der Zinserhöhungszyklus ist im Auslaufen.

Europas Wirtschaft zeigt sich in einem herausfordernden globalen Umfeld weiterhin widerstandsfähig. Trotz der negativen Effekte des Ukrainekrieges und der Energiepreiskrise 2022 wird das **BIP-Wachstum** sowohl in der EU-27 als auch in der Eurozone für 2023 rund 1 % betragen. Laut EK unterstützten niedrigere Energiepreise, weniger Lieferengpässe und ein robuster Arbeitsmarkt das europäische Wirtschaftswachstum.

Nach dem Höchststand im Jahr 2022 geht die **Inflation** 2023 in der EU-27 und im Euroraum auf 6,7 % bzw. 5,8 % merklich zurück, verharrt aber dennoch auf hohem Niveau. Die Kerninflation hält sich hartnäckiger – der historische Höchststand wurde mit 7,3 % im März 2023 erreicht – als die Gesamtinflationsrate. Obwohl die EZB und andere Zentralbanken in der EU voraussichtlich bald am Ende des Zinserhöhungszyklus angelangt sind, dürfte laut EK aufgrund der jüngeren Turbulenzen im Finanzsektor zusätzlicher Druck auf die Kosten für und den einfachen Zugang zu Krediten entstehen.

Gemischte Aussichten für die USA, jedoch höheres Wachstum als in der EU.

In den **USA** legte laut Wifo das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2023 zu, wenngleich sich die Dynamik deutlich abschwächte. Der private Konsum stieg, und auch die Investitionen wurden trotz der schwächelnden Industriekonjunktur und der anhaltenden Straffung der Geldpolitik ausgeweitet. Einerseits sind laut Wifo die Aussichten zwar eher trüb, wie die Stimmungsindikatoren für private Haushalte und Unternehmen andeuten. Andererseits hat sich die Inflation gegenüber 2022 abgeschwächt. Dies dürfte die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte fördern. Der „**Inflation Reduction Act**“ dürfte in den nächsten Jahren positive Effekte auf das amerikanische Wirtschaftswachstum sowie standortpolitische Implikationen für Europa haben. Die EK geht für die USA im heurigen Jahr mit 1,4 % von einem dynamischeren Wirtschaftswachstum aus als in der EU.

In China ist eine moderate Erholung in Sicht, es werden 5,6 % Wirtschaftswachstum erwartet, doch die Angst vor Deflation wächst.

China konnte laut Wifo seine Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 merklich steigern. Die Indikatoren zur Unternehmens- und Verbraucherstimmung deuten auf eine moderate Erholung hin. Obwohl die Produktion so dynamisch wie zuletzt vor einem Jahr wuchs, verschlechterten sich die unternehmerischen Produktionserwartungen für die nächsten 12 Monate. Für heuer prognostiziert die EK ein Wirtschaftswachstum von 5,6 % in China. Derzeit wächst die Sorge vor einer deflationären Entwicklung, die das Wachstum ins Stocken bringen könnte.

Die Eurozone hat ein höheres Wohlstandsniveau als die EU-27. Die wirtschaftlichen Indikatoren entwickeln sich zwar im Eurozonen- und EU-27-Schnitt ähnlich, auf Mitgliedsstaatenebene kommt es 2023 jedoch zu Heterogenitäten. Dies liegt zum Teil an der unterschiedlichen Betroffenheit der Mitgliedsstaaten von den Effekten des Ukrainekriegs und der Energiepreiskrise. Grundsätzlich schreiten die anstehenden Anpassungsprozesse in der EU voran, jedoch langsam und uneinheitlich. Durch strategische Maßnahmen wie „Next Generation EU“ und den „European Green Deal“ können mittel- bis langfristig hochwertige **Investitionen in Zukunftsbranchen** und -technologien gesteigert, die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von anderen Weltregionen in Schlüsseltechnologien reduziert sowie Reformen zur Verbesserung des Produktivitätswachstums und der institutionellen Qualität umgesetzt werden. Zukunftsinvestitionen sind essenziell, um den ökologischen und digitalen Transformationsprozess zu bewerkstelligen, künftiges Wachstum zu sichern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Anpassungsprozesse innerhalb der EU zu unterstützen. Darüber hinaus sind konsequente Strukturreformen notwendig, um einerseits einen Rahmen zu schaffen, in dem produktiv gewirtschaftet werden kann und andererseits – trotz hohem Investitionsbedarf – nachhaltige öffentliche Finanzen garantiert werden.

Anpassungsprozesse schreiten langsam voran. Es braucht Maßnahmen, um die digitale und ökologische Transformation zu schaffen und nachhaltige Finanzierung zu garantieren.

Die europäische Wirtschaft zeigt sich in einem herausfordernden globalen Umfeld 2023 robust.

3 Ergebnisse für Österreich auf einen Blick

2022 ist die österreichische Wirtschaft trotz der negativen Effekte des Ukrainekrieges mit 5 % im EU-Vergleich überdurchschnittlich stark gewachsen. Die hohen Energiepreise in Kombination mit der eingetretenen globalen Nachfrageschwäche verursachten jedoch eine **wirtschaftliche Stagnation** gegen Ende 2022. Während die Nettoexporte und der private Konsum das letztjährige Wirtschaftswachstum unterstützten, lieferten die Investitionen einen deutlich negativen Wachstumsbeitrag. Die Jahresinflationsrate war im Vergleich zum EU-Schnitt hoch, mit entsprechenden Auswirkungen auf das heurige Jahr.

Nach dynamischen wirtschaftlichen Entwicklungen im ersten Halbjahr 2022 befindet sich Österreich in einer Stagflationsphase.

Für 2023 wird für Österreich ein im EU-Vergleich unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 0,5 % prognostiziert. Das Exportwachstum bricht – relativ zum Vorjahr – ein, und die Investitionen erholen sich weiterhin nicht. Lediglich vom ebenfalls zurückgehenden **privaten Konsum** gehen noch Wachstumsimpulse aus. 2023 ist weiters von stark steigenden Lohnstückkosten und einer Reduktion der Arbeitsproduktivität charakterisiert. Die Auswirkungen der mit 7,1 % weiterhin hohen und merklich über dem EU-Länderschnitt liegenden heimischen **Inflationsrate wird den Standort kurz- und mittelfristig unter Druck setzen.**

Die weiterhin hohe und über dem EU-Schnitt liegende Inflationsrate wird den Wirtschaftsstandort weiter unter Druck setzen.

STANDORT-CHECK SCHLÜSSELINDIKATOREN FÜR ÖSTERREICH

	2019	2020	2021	2022	2023*
Inflation, in %	1,5	1,4	2,8	8,6	7,1
Inflationsdifferenzial, in %-Pkt.	0,2	0,6	-0,1	-0,6	0,5
BIP pro Kopf (Kaufkraftstandards)	39 402	37 507	39 765	44 128	46 812
BIP-Wachstum (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	1,5	-6,5	4,6	5,0	0,4
Potentialwachstum (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	1,2	1,0	1,3	1,4	1,4
Inlandsnachfrage (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	1,7	-5,8	5,8	2,5	0,7
Arbeitslosenquote, in %	4,8	6,0	6,2	4,8	4,9
Beschäftigungswachstum (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	1,1	-1,6	2,0	2,6	0,6
Beschäftigungsquote, in %	74,6	73,3	74,6	75,9	76,1
Arbeitsproduktivität pro Erwerbstätige (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	0,4	-4,9	2,5	2,3	-0,2
Investitionen (real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	4,5	-5,3	8,7	-0,9	0,0
Exportwachstum (Waren & DL, real, %-Veränderung ggü. Vorjahr)	4,0	-10,7	9,6	11,1	1,5
Nominelle Lohnstückkosten (%-Veränderung ggü. Vorjahr)	2,3	7,1	0,3	2,2	8,5
F&E-Quote (in % des BIP)	3,1	3,2	3,2	n/v	n/v
Staatsschulden (in % des BIP)	70,6	82,9	82,3	78,4	75,4
Staatsschulden pro Kopf in Euro	31 596	35 439	37 346	38 747	39 985
Zinslast (Zinsen für Staatsschulden in % des BIP)	1,4	1,3	1,1	0,9	1,1
Strukturelles Defizit (in % des BIP)	-0,7	-4,9	-4,4	-3,8	-2,5

Quelle: Europäische Kommission, * Zahlen für 2023 laut Prognose der EK

Durchwachsene Entwicklung

Österreich verschlechtert sich bei der Mehrzahl der Indikatoren relativ zum Vorjahr sowie zur Periode 2017 bis 2021 und ist nur mehr bei 50 % der Indikatoren über dem EU-Schnitt.

- ➔ **Österreich verschlechtert sich 2023 bei der Mehrzahl der Indikatoren** sowohl gegenüber 2022 als auch relativ zur Periode 2017 bis 2021, in der die negativen Auswirkungen der Covid-19-Krise (2020/2021) fallen.
- ➔ Derzeit liegt Österreich **nur mehr bei 50 % der Indikatoren besser als der EU-Schnitt**. Insbesondere die 2023 unterdurchschnittlichen Entwicklungen bei den Wettbewerbsindikatoren wie Investitionen, Exporten und die überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten sind hervorzuheben.
- ➔ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im europäischen Vergleich noch überdurchschnittlich gut, hat jedoch Vorsprung eingebüßt.
- ➔ Inflationshöhe und -abstand zum EU-Schnitt sind 2023 weiterhin hoch, was auf die ohnehin schon überdurchschnittlich steigenden Lohnstückkosten Auswirkungen haben wird.

VERGLEICHSTABELLE FÜR 2023

Österreich im Vergleich...	Rang in der EU-27	... zum EU-27 Durchschnitt	...zum Vorjahr	... zur Periode 2017-2021
INFLATION				
Inflationsrate	18	↘	↗	↘
Inflationsdifferenzial	11	↘	↘	↘
WOHLSTAND				
BIP pro Kopf	5	↗	↗	↗
BIP Wachstum	21	↘	↘	↘
Potentialwachstum	21	↘	↗	↗
Inlandsnachfrage Veränderungsrate	19	↗	↘	↘
ARBEITSMARKT				
Arbeitslosenrate	11	↗	↘	↗
Erwerbstätige Veränderungsrate	11	↗	↘	↘
Erwerbstätigenquote	15	↗	↗	↗
Produktivität Veränderungsrate	22	↘	↘	↘
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT				
Investitionen Veränderungsrate	20	↘	↗	↘
Exportwachstum	23	↘	↘	↘
Lohnstückkosten Veränderungsrate	21	↘	↘	↘
F&E-Quote*	3	↗	↗	↗
ÖFFENTLICHE FINANZEN				
Staatsschulden in Prozent BIP	20	↗	↗	↗
Schulden pro Kopf	23	↘	↘	↘
Zinslast in Prozent BIP	13	↗	↘	↗
Strukturelles Defizit	13	↗	↗	↘

↗ besser oder gleich
↘ schlechter

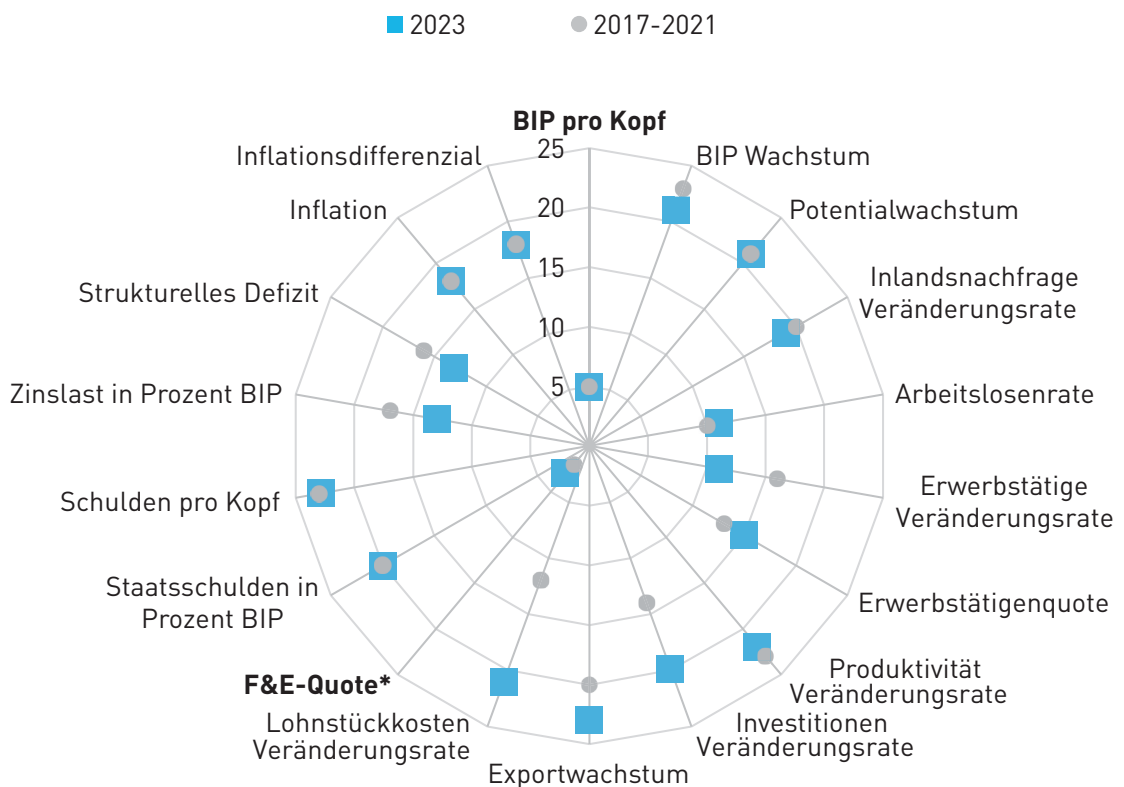
Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen
*Werte aus dem Jahr 2021

Österreich im EU-Vergleich

Nur mehr zwei Top-10-Platzierungen. Bei sechs Indikatoren liegt Österreich auf Rang 20 oder schlechter. Größte Verschlechterung bei Lohnstückkosten und Investitionsentwicklung.

- Österreich belegt 2023 im direkten Vergleich mit den 26 anderen EU-Staaten **lediglich zwei Plätze in den Top 10, nämlich beim BIP pro Kopf sowie der F&E-Quote**. Beim zuletzt durchgeführten Standort-Check 2020 war das noch bei fünf Indikatoren der Fall. Bei der Arbeitslosenrate ist Österreich erstmals seit 2009 nicht mehr in den EU-27-Top 10 vertreten.
- Die **schlechtesten Ränge** im EU-Vergleich erzielt Österreich 2023 beim Investitions-wachstum, den Schulden pro Kopf, dem BIP- sowie dem Potenzialwachstum, der Inlandsnachfrageveränderung und bei den Staatsschulden. Bei diesen Indikatoren liegt Österreich jeweils auf Rang 20 oder schlechter.
- Österreich verschlechtert und verbessert sich – relativ zur Periode 2017 bis 2021 – jeweils bei sechs Indikatoren. Die **größten Verschlechterungen** erfolgten bei den Lohnstückkosten (-9 Ränge), Investitionen (-6 Ränge) und dem Exportwachstum (-3 Ränge). Die **stärksten Verbesserungen** sind bei den Erwerbstätigen (+5 Ränge), der Staatsschuldenzinslast (+4 Ränge) und dem strukturellen Defizit (+3 Ränge) ersichtlich.

ÖSTERREICHS RANG IM EU-VERGLEICH



Rang 2023: Auf Basis aktueller Prognosen für 2023
 Rang 2017-2021, Rang 2012-2016: Auf Basis der Reihung nach Durchschnittswerten der jeweiligen Periode
 *F&E-Quote: Daten für 2021
 Quelle: Europäische Kommission

ÜBERSICHT: STANDORT-CHECK SCHLÜSSELINDIKATOREN – WERTE FÜR 2023

	BIP-Wachstum Real, ggü. Vorjahr in %	BIP/Kopf „in Euro“ in Kaufkraftstandards	Inlandsnachfrage Veränd. ggü. Vorjahr in %	Arbeitslosenquote in %	Beschäftigungsquote Anteil Besch. an 15 – 64 J.	Beschäftigung Veränd. ggü. Vorjahr in %	Produktivität Veränd. ggü. Vorjahr in %	Lohnstückkost Veränd. ggü. Vorjahr in %	Exportwachstum Veränd. ggü. Vorjahr in %	Investitionen Veränd. ggü. Vorjahr in %	F&E-Quote* in % des BIP	Staatsschulden in % des BIP	Pro-Kopf-Schulden in EUR	Zinslast in % des BIP	Struktur. Defizit in % des BIP	Inflation in %
EU	1,0	37 499	0,6	6,2	75,0	0,5	0,5	5,4	3,0	0,9	2,26	83,4	31 261	1,7	-3,0	6,7
EZ	1,1	39 061	0,7	6,8	75,6	0,6	0,5	5,0	3,1	1,0	2,29	90,8	37 131	1,7	-3,2	5,8
BE	1,2	45 009	1,6	5,8	69,5	0,6	0,6	8,3	1,3	0,7	3,22	106,0	51 982	1,7	-4,9	3,4
BG	1,5	22 128	3,4	4,3	79,7	0,3	1,2	12,2	2,6	2,2	0,77	25,0	3 458	0,5	-5,0	9,4
CZ	0,2	33 935	0,1	2,8	79,5	0,7	-0,5	7,8	5,1	2,8	2	42,9	12 889	1,3	-2,7	11,9
DK	0,3	50 832	-0,9	5,0	82,9	-0,3	0,7	4,2	1,1	-3,5	2,81	30,1	19 154	0,6	3,5	4,3
DE	0,2	43 313	-0,2	3,2	86,5	0,6	-0,4	5,9	1,5	-0,7	3,13	65,2	31 750	0,8	-2,0	6,8
EE	-0,4	31 715	1,5	6,2		0,2	-0,6	11,0	0,9	1,8	1,75	19,5	5 719	0,4	-1,2	9,2
IE	5,5	90 624	2,4	4,3	76,6	2,4	3,0	2,4	6,7	1,8	1,06	40,4	43 155	0,6	-0,1	4,6
GR	2,4	26 055	2,0	12,2	76,5	0,8	1,6	1,9	6,5	7,2	1,45	160,2	33 957	3,2	-1,5	4,2
ES	1,9	32 196	1,3	12,7	65,6	0,8	1,1	3,8	4,1	2,2	1,43	110,6	32 601	2,5	-3,7	4,0
FR	0,7	38 014	0,6	7,4	72,5	0,3	0,4	4,9	4,4	1,2	2,21	109,6	44 726	2,0	-4,4	5,5
HR	1,6	27 642	1,9	6,6	70,9	1,0	0,6	6,9	3,0	2,9	1,24	63,0	11 885	1,2	-1,3	6,9
IT	1,2	36 111	0,7	7,8	67,4	0,5	0,7	3,1	2,3	2,6	1,48	140,4	48 739	4,0	-5,3	6,1
CY	2,3	34 643	1,7	6,9	74,3	1,7	0,6	5,6	2,8	0,8	0,87	80,4	25 244	1,3	0,9	3,8
LV	1,4	28 182	2,3	6,8	76,3	0,1	1,3	9,4	2,4	1,7	0,69	39,7	9 138	0,6	-3,5	9,3
LT	0,5	33 577	0,7	6,6	76,7	-0,6	1,2	9,1	1,9	2,7	1,11	37,1	9 684	0,5	-0,6	9,2
LU	1,6	96 626	1,3	4,8	63,2	2,4	-0,8	7,8	2,6	-2,9	1,02	25,9	32 263	0,3	-1,1	3,2
HU	0,5	29 212	-1,2	4,2	75,5	0,0	0,5	14,0	3,5	-2,9	1,65	70,7	14 622	3,9	-3,2	16,4
MT	3,9	38 957	1,5	2,9	78,7	2,3	1,6	3,9	3,6	-5,0	0,64	54,8	18 529	1,2	-4,6	5,4
NL	1,8	48 738	2,0	3,8	86,9	1,0	0,8	4,7	3,8	1,7	2,25	49,3	28 081	0,7	-2,7	4,9
AT	0,4	46 812	0,7	4,9	76,1	0,6	-0,2	8,5	1,5	0,0	3,19	75,4	39 985	1,1	-2,5	7,1
PL	0,7	29 212	0,4	3,3	67,1	0,1	0,6	12,1	2,3	2,0	1,44	50,5	9 739	2,0	-4,5	11,7
PT	2,4	29 466	1,4	6,5	77,9	0,5	1,9	3,7	5,4	2,9	1,68	106,2	26 778	2,2	-0,8	5,1
RO	3,2	29 693	3,8	5,4	71,6	-0,3	3,5	5,9	4,0	7,0	0,47	45,6	7 829	1,6	-4,3	9,7
SL	1,2	34 844	2,0	3,9	80,6	0,7	0,5	7,2	2,8	3,9	2,14	69,1	20 977	1,2	-4,9	7,0
SK	1,7	25 739	2,7	5,8	70,4	0,6	1,2	8,4	3,2	9,0	0,93	58,3	12 924	1,1	-5,8	10,9
FI	0,2	40 599	0,3	7,1	80,2	-0,2	0,4	4,1	1,6	-0,1	2,99	73,9	36 953	0,8	-1,8	4,8
SE	-0,5	43 814	-1,5	7,7	80,1	0,2	-0,7	4,8	2,0	-3,2	3,35	31,4	16 429	0,7	0,1	6,0

*Daten für 2021

Quelle: Europäische Kommission

4 Standort-Check Österreich: Ergebnisse im Detail

Inflation

Hohe Inflationsrate und konstant positive Inflationsdifferenziale in der Vergangenheit reduzieren preisliche Wettbewerbsfähigkeit



INFLATIONSRATE

Rang 18
bei der Höhe der Inflationsrate
in der EU im Jahr 2023

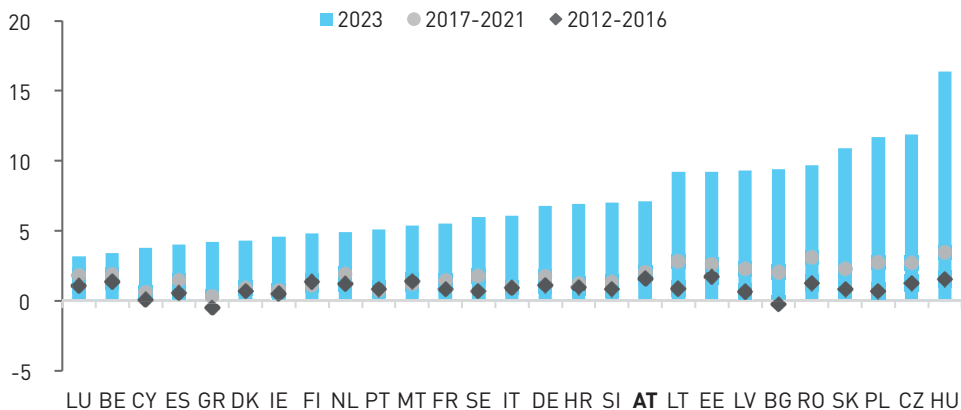
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Niedrigste Inflation
2023	7,1	5,8	6,7	18	LU, BE, CY
2022	8,6	8,4	9,2	11	FR, MT, FI
Ø 2017-2021	2,0	1,5	1,7	18	GR, CY, IE
Ø 2012-2016	1,6	0,9	0,9	26	GR, BG, CY
Ø 2012-2016	1,6	0,9	0,9	26	GR, BG, CY

HVPI, jährliche Inflationsrate in %

Österreich hat 2023 laut EK mit 7,1 % die zehnthöchste Inflationsrate in der EU und liegt damit auf Rang 18. Zwar kommt es heuer zu einer Reduktion verglichen mit dem Vorjahr, jedoch erfolgt diese langsamer als in den anderen EU-Ländern, wodurch sich die Platzierung heuer verschlechtert. Österreich liegt sowohl über dem Eurozonen- (+1,3 Prozentpunkte) als auch über dem EU-27-Schnitt (+ 0,4 Prozentpunkte). Eine Rückkehr zum Preisstabilitätsziel der EZB (Inflationsrate von rund 2 %) wird in den nächsten Jahren nicht erwartet. Heimische Preistreiber sind insbesondere der personalkostenintensive Dienstleistungssektor sowie die nicht so stark zurückgehenden Energiepreise.

HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX, IN %

Die meisten Länder liegen deutlich über dem Preisstabilitätsziel, sinkende Tendenzen sind aber erkennbar. Die große Streuung der nationalen Indizes stellt die vereinheitlichte europäische Geldpolitik vor Herausforderungen.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die für 2023 prognostizierten Inflationsraten betragen im Eurozonenschnitt 5,8 % und im Durchschnitt der EU-27 6,7 %, wobei eine starke Streuung erkennbar ist. Die Inflationsraten werden dabei einerseits von der russischen Energieabhängigkeit und andererseits von den gesetzten Unterstützungsmaßnahmen der EU-Länder zur Dämpfung der Energiepreisteigerungen beeinflusst. Während Luxemburg, Belgien, Zypern und Spanien Inflationsraten von maximal 4 % aufweisen, betragen diese in Ungarn, Tschechien, Polen und der Slowakei über 10 %. Da sich die EZB u.a. am Eurozonenschnitt (5,8 %) orientieren muss, wird die künftige Geldpolitik aufgrund der länderweisen Heterogenität vor Herausforderungen gestellt.

INFLATIONSDIFFERENZIAL ZUR EU-27

	Österreich	Eurozone	Rang in der EU	Niedrigstes Inflationsdifferenzial
2023	0,5	- 0,8	18	LU, BE, CY
2022	- 0,6	- 0,7	11	FR, MT, FI
Ø 2017-2021	0,3	- 0,2	18	GR, CY, IE
Ø 2012-2016	0,7	0,0	26	GR, BG, CY

HVPI, Abstand zur jährlichen EU-27-Inflationsrate in %-Punkten

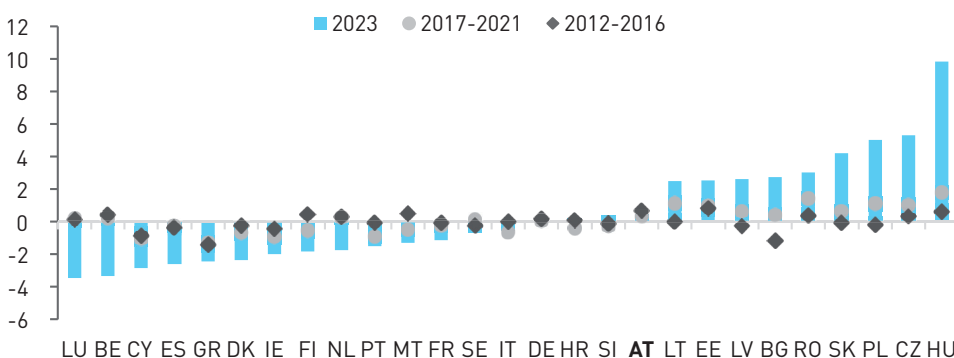


Rang 18

beim Inflationsraten-differenzial in der EU im Jahr 2023

Das Inflationsdifferenzial misst den Abstand der nationalen Inflationsrate zum EU-27-Schnitt. Ein konstant positives Inflationsdifferenzial verringert auf Dauer die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Mitgliedsstaaten. Nach einem negativen Inflationsdifferenzial im Jahr 2022 weist Österreich mit einem prognostizierten Wert von +0,5 Prozentpunkten 2023 wieder ein positives Inflationsdifferenzial gegenüber dem EU-27-Schnitt auf und kehrt somit zur langjährigen Situation zurück. Sowohl in der Periode 2012 bis 2016 als auch 2017 bis 2021 hatte Österreich ein zum Teil hohes Inflationsdifferenzial gegenüber dem Durchschnitt der EU-27-Länder. Auf den Eurozonenländerschnitt bezogen fällt das heimisch Differenzial noch größer aus. Im letzten Jahrzehnt kam es somit zu einem kontinuierlichen Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Werden dahingehend keine Maßnahmen gesetzt, ist diese Tendenz auch in den nächsten Jahren zu erwarten.

INFLATIONSDIFFERENZIAL IM VERGLEICH ZUR EU-27, IN %-PUNKTEN



Quelle: Europäische Kommission

Insbesondere östliche EU-Länder zeichneten sich in den letzten Jahren durch ein positives Inflationsdifferenzial aus, während südliche EU-Länder negative Werte aufwiesen. Deutschlands Inflationsrate entwickelte sich im EU-27-Schnitt.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Insbesondere osteuropäische Länder wie Ungarn, Tschechien, Polen oder die Slowakei wiesen in den letzten Jahren ein positives Inflationsdifferenzial auf, während in südlichen Mitgliedsstaaten wie Zypern, Spanien und Griechenland negative Werte vorherrschten. Deutschlands Inflationsrate entwickelte sich im letzten Jahrzehnt in etwa dem EU-27-Schnitt entsprechend.



Wohlstand

Hohes Wohlstandsniveau, Wirtschaftswachstum 2023 nur mehr im hinteren Mittelfeld. Entwicklung der Inlandsnachfrage im EU-Schnitt



BIP PRO KOPF

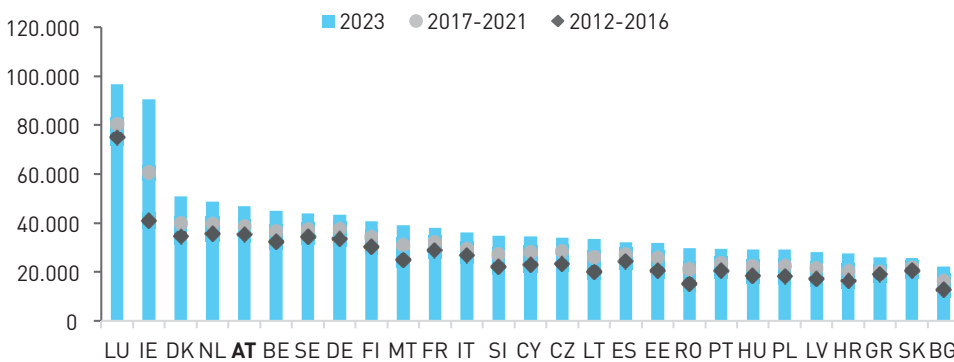
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	46 812	39 061	37 499	5	LU, IE, DK
2022	44 128	36 619	35 212	5	LU, IE, DK
Ø 2017-2021	38 502	32 365	30 681	5	LU, IE, DK
Ø 2012-2016	35 274	28 770	26 811	4	LU, IE, NL

BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) in Euro

Rang 5
beim BIP pro Kopf
in der EU im Jahr 2023

Das BIP pro Kopf erlaubt einen Vergleich der Wirtschaftskraft von Ländern unterschiedlicher Größe und lässt annäherungsweise auf das Wohlstandsniveau eines Landes schließen. Österreich schneidet hier im europäischen Vergleich sehr gut ab. Mit einem BIP pro Kopf von 46.812 Euro im Jahr 2023 liegt Österreich EU-weit an 5. Stelle und damit deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone und der EU-27. Österreichs BIP pro Kopf kann sich seit Jahren stabil in den Top 5 der EU halten. Trotz der Auswirkungen des Ukrainekrieges und der Energiepreiskrise 2022 steigt das heimische BIP pro Kopf auch 2023.

BIP PRO KOPF IN KAUFKRAFTSTANDARDS (KKS) IN EURO



Irland verzeichnete 2017-2021 in der EU die höchsten Zuwächse im Vergleich zur Periode 2012-2016.

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

EU-Länder mit niedrigeren BIP pro Kopf weisen in der Regel höhere Wachstumsraten auf, die Unterschiede innerhalb der EU bleiben dennoch groß. Der Eurozonen- liegt weiterhin über dem EU-27-Schnitt. Sämtliche EU-Länder befinden sich 2023 beim BIP pro Kopf über dem langjährigen – durch die Covid-19-Krise beeinflussten – Durchschnitt von 2017 bis 2021. Im Vergleich zu dieser Vorperiode erreichen Luxemburg (+16.223 Euro), Irland (+30.055 Euro) und Dänemark (+10.954 Euro) die größten Zuwächse. Österreichs Anstieg beim BIP pro Kopf gegenüber jenem der Periode 2017 bis 2021 liegt mit + 8.310 Euro knapp über dem EU-27-Schnitt mit +8.127 Euro.

Rang 21
beim BIP-Wachstum
in der EU im Jahr 2023

BIP-WACHSTUM

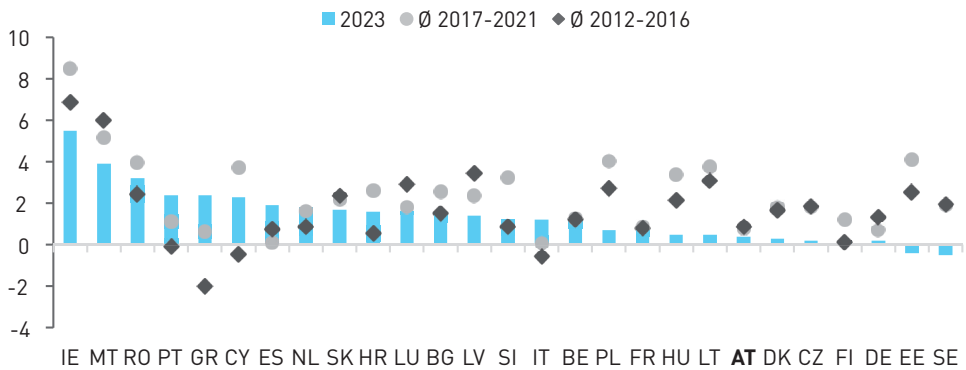
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	0,4	1,1	1,0	21	IE, MT, RO
2022	5,0	3,5	3,5	10	IE, MT, PT
Ø 2017-2021	0,8	1,0	1,2	23	IE, MT, EE
Ø 2012-2016	0,9	0,8	1,0	19	IE, MT, LV

Reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Das heimische BIP stagniert 2023 laut EK-Schätzung mit +0,4 %. Damit liegt Österreich sowohl unter dem Eurozonen- als auch unter dem EU-27-Schnitt und erreicht nur Rang 21 in der EU-27. Nach einem überdurchschnittlichen Wachstum 2022 fällt Österreich 2023 – wie in den Perioden 2012 bis 2016 und 2017 bis 2021 – in das hintere EU-Mittelfeld zurück.

REALES BIP-WACHSTUM, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %

Irland verzeichnet 2023 voraussichtlich das höchste Wirtschaftswachstum, während die Wirtschaft in Schweden und Estland schrumpft.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Energiepreiskrise 2022 hat die europäischen Volkswirtschaften unterschiedlich getroffen, was sich unter anderem auch in den weit auseinander reichenden BIP-Wachstumsraten zeigt. Während EU-Länder mit einer hohen Abhängigkeit von russischer Energie wie zum Beispiel Estland (-0,4 %), Tschechien (+0,2 %), Deutschland (+0,2 %), Lettland (+0,5 %) oder Ungarn (+0,5 %) ein negatives oder nur marginal positives Wirtschaftswachstum aufweisen, erzielen Länder mit geringerer Abhängigkeit wie Irland (+5,5 %), Malta (+3,9 %), Rumänien (+3,2 %) oder Portugal (+2,4 %) tendenziell höhere BIP-Wachstumsraten. Lediglich vier EU-Länder – Portugal, Griechenland, Spanien und Italien – weisen 2023 ein höheres Wirtschaftswachstum als in der Vergleichsperiode 2017-2021 auf. Die restlichen Länder liegen zum Teil weit darunter.

POTENZIALWACHSTUM

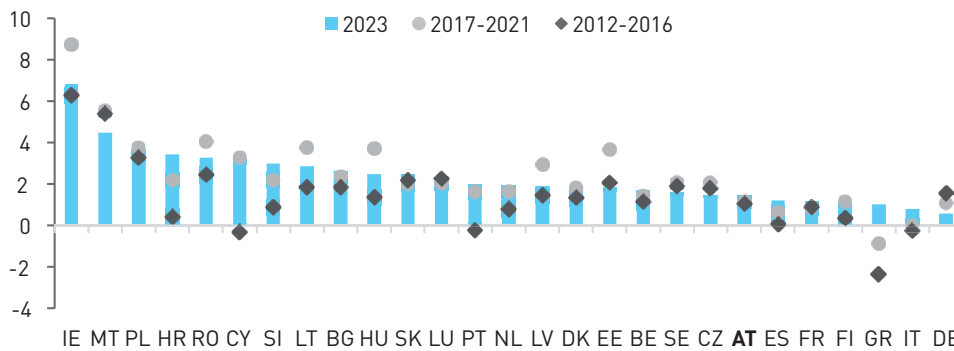
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	1,4	1,3	1,5	21	IE, MT, PL
2022	1,4	1,3	1,5	22	IE, MT, CY
Ø 2017-2021	1,2	1,1	1,4	21	IE, MT, RO
Ø 2012-2016	1,1	0,9	1,0	17	IE, MT, PL

Potenzielles reales BIP-Wachstum, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Rang 21
beim Potenzialwachstum
in der EU im Jahr 2023

Das Potenzialwachstum beschreibt das BIP-Wachstum einer Volkswirtschaft bei normaler Auslastung seiner Produktionskapazitäten. Im Gegensatz dazu unterliegt das reale BIP-Wachstum stärker konjunkturellen Schwankungen. Das Potenzialwachstum wird durch angebotsseitige Faktoren wie u.a. Forschung, Innovation, Bildung, Investitionen oder das Arbeitskräfteangebot beeinflusst. Das österreichische Potenzialwachstum befindet sich 2023 leicht über dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021. Mit 1,4 % liegt es heuer marginal über dem Eurozonen- und knapp unter dem EU-27-Schnitt.

POTENZIELLES, REALES BIP-WACHSTUM, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %



Länder mit einem ähnlichen Wohlstandsniveau wie Österreich weisen ein höheres Potenzialwachstum auf.

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Das Potenzialwachstum liegt 2023 neben Österreich in Kroatien, der Slowakei, Portugal, den Niederlanden, Spanien, Griechenland und Italien über dem Durchschnitt der Periode 2017 bis 2021. In keinem EU-Land ist das Potenzialwachstum 2023 negativ. Von Ländern mit einem ähnlichen Wohlstandsniveau wie Österreich wird heuer für Dänemark, die Niederlande, Belgien und Schweden ein höheres Potentialwachstum prognostiziert.

Rang 19
beim Anstieg der
Inlandsnachfrage
in der EU im Jahr 2023

INLANDSNACHFRAGE

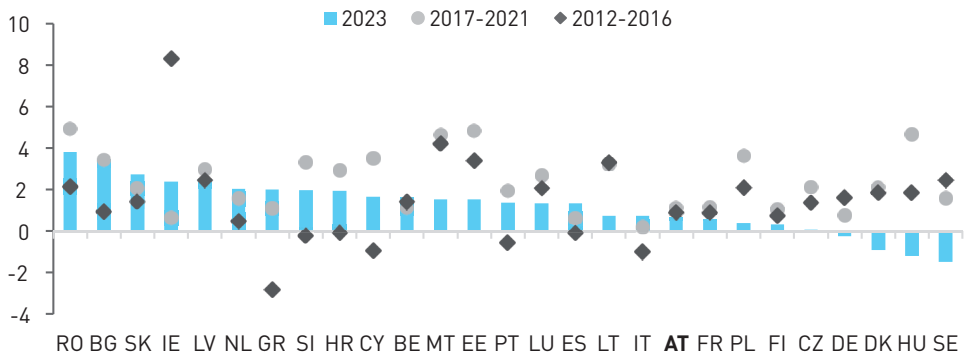
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	0,7	0,7	0,6	19	RO, BG, SK
2022	2,5	3,5	3,3	21	MT, IE, SI
Ø 2017-2021	1,1	0,9	1,2	20	RO, EE, HU
Ø 2012-2016	0,9	0,7	0,9	18	IE, MT, EE

Inlandsnachfrage, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Eine stabile Inlandsnachfrage kann kurzfristig wichtige Wachstumsimpulse setzen und globale Konjunkturabschwächungen abfedern, was besonders in Krisenzeiten und während Perioden schwacher Auslandsnachfrage wichtig ist. 2023 entspricht die Inlandsnachfrage in Österreich mit einem Wachstum von +0,7 %, trotz ihres starken Rückgangs relativ zum Vorjahr dem Eurozonen- und liegt marginal über dem EU-27-Durchschnitt. Sie bricht heuer weniger stark ein als das BIP-Wachstum, wodurch sie wachstumsstabilisierend wirkt. Im Vergleich zur Periode 2017-2021 entwickelt sich die Inlandsnachfrage 2023 weniger dynamisch.

INLANDSNACHFRAGE, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %

Insbesondere kleinere EU-Länder weisen 2023 eine robuste Inlandsnachfrageentwicklung auf.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Inlandsnachfrage geht 2023 relativ zum Vorjahr insbesondere aufgrund der Inflationsentwicklung in allen EU-Ländern zurück. Obwohl Malta und Irland eine positive Konsumententwicklung in diesem Jahr aufweisen, sind sie mit einem Rückgang von 11,7 %-Punkten bzw. 10,8 %-Punkten besonders stark betroffen. Eine Inlandsnachfrage-Reduktion für 2023 wird für Schweden, Ungarn, Dänemark und Deutschland vorhergesagt. Steigerungen von über 2 % verzeichnen insbesondere kleinere Länder (Rumänien +3,8 %, Bulgarien +3,4 %, Slowakei +2,7 %, Irland +2,4 %, Lettland +2,3 %). In sieben der 27 EU-Länder wächst die Inlandsnachfrage 2023 stärker als in der Vergleichsperiode 2017 bis 2021. Diese sind Slowakei, Irland, die Niederlande, Griechenland, Belgien, Spanien und Italien.

Wettbewerbsfähigkeit

Investitionen stagnieren 2023, Exporte entwickeln sich schlechter als im EU-Schnitt. Siebthöchste Lohnstückkostensteigerungen. Stark bei F&E-Ausgaben.



Rang 20
beim Anstieg der Investitionen
in der EU im Jahr 2023

INVESTITIONEN

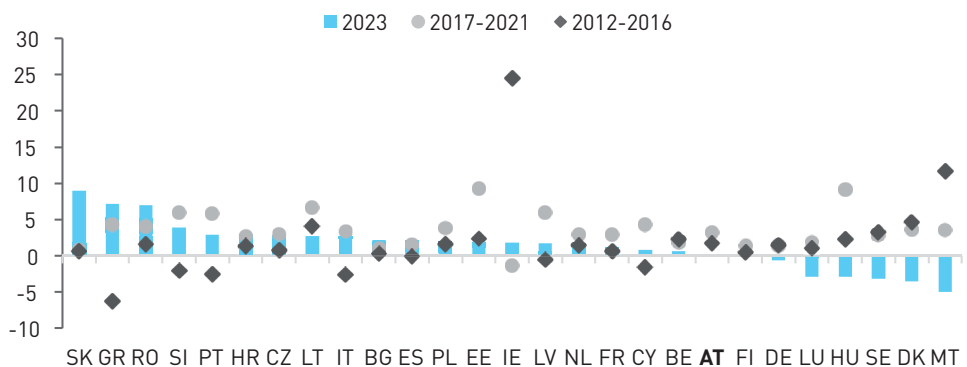
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	0,0	1,0	0,9	20	SK, GR, RO
2022	-0,9	3,7	4,0	25	MT, IE, GR
Ø 2017-2021	3,2	2,2	2,4	14	EE, HU, LT
Ø 2012-2016	1,7	0,9	1,1	9	IE, MT, DK

Bruttoinvestitionen, real, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die heimischen Bruttoinvestitionen stagnieren 2023 laut EK-Prognose, nachdem sie 2022 um 0,9 % gesunken sind. Daher sind daraus keine Wachstumsimpulse auf das BIP zu erwarten. Mit dem Nullwachstum liegt Österreich 2023 auf Rang 20 der EU und deutlich unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Im Vergleichsraum 2017 bis 2021 wurden in Österreich mehr Investitionen getätigt als im EU-Schnitt. Ausreichend (Neu-)Investitionen sind wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und sichern Arbeitsplätze und den künftigen Wohlstand.

BRUTTOINVESTITIONEN, REAL, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %

Investitionen steigen 2023 insbesondere in peripheren EU-Ländern, lediglich sieben Mitgliedsländer weisen ein höheres Investitionswachstum als im Zeitraum 2017 bis 2021 auf.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Im Gegensatz zu Österreich soll die Investitionsdynamik bei der Mehrzahl der EU-Länder 2023 – relativ zu 2022 – abnehmen, dennoch weisen heuer nur sieben Mitgliedsstaaten eine noch schlechtere Investitionsentwicklung als Österreich auf. Darunter befindet sich u.a. Deutschland mit einer prognostizierten Reduktion der realen Bruttoinvestitionen von 1,1 % relativ zum Vorjahr. Besonders stark gehen heuer die Bruttoinvestitionen in Malta mit -5 % zurück, aber auch in Dänemark (-3,5 %) und Schweden (-3,2 %) sind Schwächen erkennbar. Sehr positiv sollen sich hingegen die Investitionen in der Slowakei (+9 %), Griechenland (+7,2 %) und Rumänien (+7 %) entwickeln. Lediglich sieben EU-Länder verzeichnen 2023 ein höheres Bruttoinvestitionswachstum als im Schnitt der Jahre 2017 bis 2021.

EXPORTE

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	1,5	3,1	3,0	23	IE, GR, PT
2022	11,1	7,0	7,1	8	HR, PT, IE
Ø 2017-2021	2,4	2,5	2,8	20	IE, LT, CY
Ø 2012-2016	2,2	3,7	3,8	26	IE, RO, MT

Exporte (Waren und Dienstleistungen), real, Veränderung ggü. Vorjahr in %

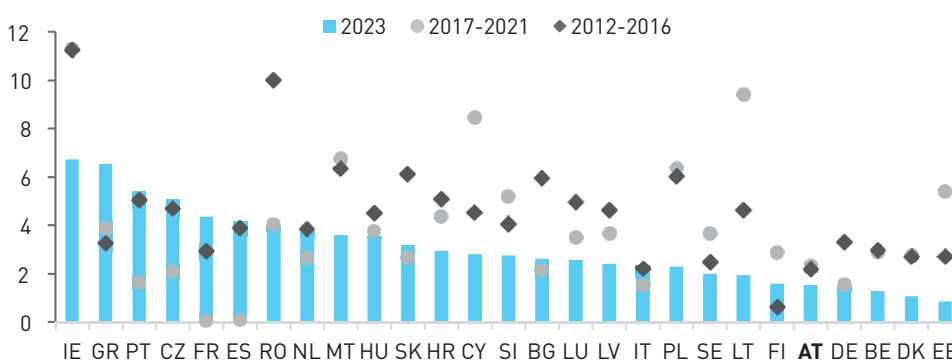
Die Exporte aus Österreich (Waren und Dienstleistungen) steigen mit 1,5 % im Jahr 2023 voraussichtlich stärker als die Gesamtwirtschaft (+0,4 %), weisen jedoch relativ zur Wachstumsrate 2022 (+11,1 %) einen massiveren Einbruch als im EU-Schnitt auf. In Summe liegt Österreich heuer mit Rang 23 deutlich unter dem Eurozonen- als auch EU-27-Schnitt im hinteren Mittelfeld. Getrieben wird das Exportwachstum 2023 durch Dienstleistungsexporte (Tourismus), während die Güterexporte stagnieren. Das heurige Exportwachstum liegt merklich unter dem jährlichen Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021.



Rang 23

beim Anstieg der Exporte in der EU im Jahr 2023

EXPORTE (WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN, REAL, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %)



Quelle: Europäische Kommission

Der Einbruch der Exporte fällt 2023 in Ländern mit einer (bisher) hohen Energieabhängigkeit von Russland stärker aus.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Dynamik der Exporte reduziert sich 2023 in 26 Mitgliedsstaaten zum Teil merklich, die heurigen Ausfuhren sollen aber trotz schwacher globaler Nachfrage dennoch in allen EU-Ländern steigen. Bei den Exporten befinden sich insbesondere Länder mit einer (vergangenen) hohen Energieabhängigkeit von Russland unter dem EU-Durchschnitt. Darunter fallen z.B. Estland, Deutschland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen. Demgegenüber weisen die Mitgliedsstaaten Irland, Griechenland und Portugal – mit einer geringeren Energieabhängigkeit von Russland – das höchste Exportwachstum der EU-Länder auf. Von den großen Mitgliedsländern entwickeln sich insbesondere die Exporte Frankreichs und Spaniens überdurchschnittlich. Beim Großteil der EU-Länder kommt es 2023 zu einer Verschlechterung relativ zur Periode 2017 bis 2021.

Rang 21
 bei der Entwicklung der
 Lohnstückkosten
 in der EU im Jahr 2023

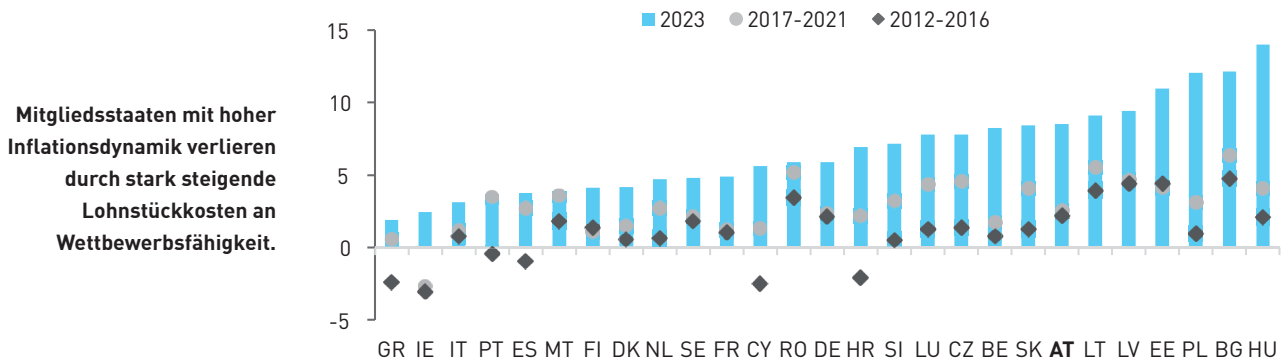
LOHNSTÜCKKOSTEN

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	8,5	5,0	5,4	21	GR, IE, IT
2022	2,2	3,2	3,5	8	GR, IE, ES
Ø 2017-2021	2,5	1,8	1,9	12	IE, GR, FI
Ø 2012-2016	2,2	1,0	0,9	22	IE, CY, GR

Nominelle Lohnstückkosten, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Die Lohnstückkosten setzen die Arbeitskosten in Relation zur Produktivität und sind für ein exportorientiertes Land wie Österreich ein wichtiger Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Sie sollen in Österreich 2023 mit 8,5 % stärker als im EU-Durchschnitt (+5,4 %) steigen, nachdem sie sich zwischen 2017 und 2021 im europäischen Vergleich ebenfalls überdurchschnittlich (2,5 %) erhöht haben. Der starke Anstieg der Lohnstückkosten wird maßgeblich durch die Inflation getrieben. Da diese in Österreich überdurchschnittlich hoch ist, werden dadurch Wachstumsimpulse aus dem Export geschwächt. Aufgrund der hohen heimischen Inflationsrate ist für 2024 mit einer weiteren Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit relativ zu den EU-Mitgliedsstaaten zu rechnen.

NOMINELLE LOHNSTÜCKKOSTEN, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Anstiege der Lohnstückkosten waren im Durchschnitt der EU-27 zwischen 2017 und 2021 höher als in der Periode zwischen 2012 und 2016. 2023 verzeichnen aufgrund der hohen Inflationsentwicklung **sämtliche Mitgliedsländer steigende nominelle Lohnstückkosten**, wobei eine hohe Bandbreite ersichtlich ist. Während insbesondere in südlichen EU-Ländern moderate Erhöhungen zwischen 2 % und 4 % prognostiziert werden, verzeichnen Länder mit überdurchschnittlichen Inflationsentwicklungen im vorigen und heurigen Jahr massive Steigerungen bei den Lohnstückkosten von knapp oder über 10 %. Dazu zählen u.a. Ungarn, Bulgarien, Polen, die baltischen Staaten aber auch Tschechien und die Slowakei.

F&E-QUOTE

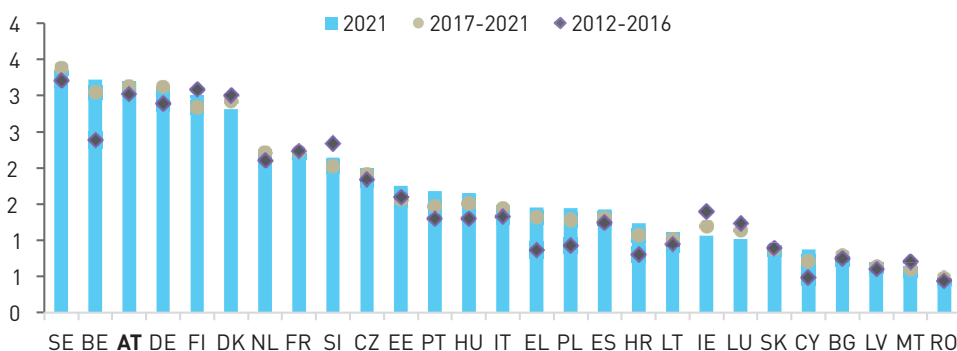
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2021	3,2	2,3	2,3	3	SE, BE, AT
2020	3,4	2,3	2,3	3	SE, BE, AT
Ø 2017-2021	1,9	2,3	2,2	2	SE, AT, DE
Ø 2012-2016	1,8	2,1	2,1	3	SE, FI, AT

F&E Ausgaben, in % des BIP, Quelle: Eurostat

Rang 3
bei der F&E-Quote
in der EU im Jahr 2023

Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind eine Grundvoraussetzung für die Innovationsfähigkeit eines Landes und für die Sicherung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Die F&E-Quote gilt dabei als ein international etablierter Input-Indikator zur Darstellung der Leistungsfähigkeit eines Landes in diesem Bereich. Österreich liegt mit einer F&E-Quote von 3,2 % des BIP in den Top-3 Ländern der EU und somit deutlich über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Gegenüber der Periode 2017 bis 2021 kam es zu einem starken Anstieg der heimischen Ausgaben gemessen am BIP.

F&E-QUOTE, IN % DES BIP



Quelle: Eurostat

Insbesondere die nordischen Mitgliedsländer, Deutschland und Österreich weisen hohe F&E-Quoten auf.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Insbesondere die nordischen Staaten sowie Deutschland und Österreich weisen mit über 3 % des BIP die höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf. Der Großteil der EU-Länder erhöhte seine F&E-Ausgaben relativ zur Periode 2017 bis 2021, wobei es gemessen am BIP in Portugal (+0,21 %-Punkte), Estland (+0,19 %-Punkte), Belgien (+0,17 %-Punkte) und Kroatien (+0,17 %-Punkte) die stärksten Steigerungen gab. Nennenswerte Ausgabenreduktionen – im Verhältnis zum BIP – zur Vergleichsperiode 2017 bis 2021 weisen lediglich Irland (-0,13 %-Punkte) und Luxemburg (-0,12 %-Punkte) auf. Österreich erhöhte seine F&E-Quote im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021-Schnitt um 0,06 %-Punkte.



Arbeitsmarkt

Bei der Arbeitslosenquote und Beschäftigungsentwicklung 2023 gutes Mittelmaß, jedoch nicht mehr Top-10. Weiterhin Nachzügler beim Arbeitsproduktivitätswachstum.



ARBEITSLOSENRATE

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	4,9	6,8	6,2	11	CZ, MT, DE
2022	4,8	6,8	6,2	12	CZ, MT, PL
Ø 2017-2021	5,6	8,1	7,4	10	CZ, DE, PL
Ø 2012-2016	5,9	11,3	10,6	4	DE, MT, CZ

Arbeitslosenrate, in %

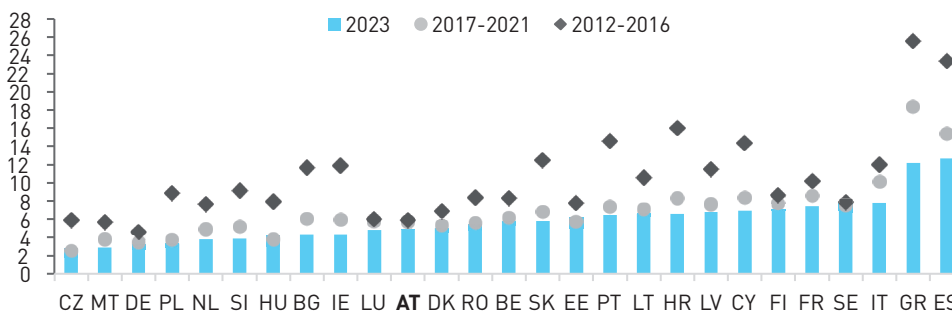
Österreichs Arbeitslosenrate befand und befindet sich deutlich unter dem europäischen Schnitt, doch der Vorsprung im EU-Vergleich schrumpft. Lag Österreich in der Periode 2012 bis 2016 noch am vierten Rang, rutsche die heimische Arbeitslosenrate in der Periode 2017 bis 2021 auf Rang 10 ab. Laut EK-Prognose soll sie 2023 4,9 % betragen – Österreich liegt damit zwar weiterhin merklich unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt, fällt jedoch auf Rang 11 zurück und verliert die Top-10-Platzierung. In 15 EU-Ländern soll die Arbeitslosenquote 2023 relativ zum Zeitraum 2017 bis 2021 stärker sinken als in Österreich. Selbst in der aktuell unsicheren wirtschaftlichen Situation stellt der Arbeits- und Fachkräftemangel ein Risiko für den Wirtschaftsstandort und den künftigen Wohlstand Österreichs dar.



Rang 11

bei der Arbeitslosenrate-
höhe in der EU im Jahr 2023

ARBEITSLOSENRATE, IN %



Quelle: Europäische Kommission

Die Arbeitslosigkeit stagniert 2023 in der EU mit anhaltenden Unterschieden zwischen den Mitgliedsstaaten.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

In der EU soll die Arbeitslosigkeit laut Prognosen 2023 bei 6,2 % stagnieren, allerdings mit anhaltenden Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten. Besonders niedrig soll die heurige Arbeitslosenrate insbesondere in den Ländern Mitteleuropas (Tschechien, Deutschland, Polen, Slowenien, Ungarn) ausfallen. Demgegenüber weisen die südlichen Mitgliedsstaaten Griechenland und Spanien die höchsten Arbeitslosenraten auf. Obwohl die Eurozone eine höhere Arbeitslosenrate als die EU-27 aufweist, verringert sich die Diskrepanz der Arbeitslosenrate zwischen der Eurozone und der EU-27 2023 – relativ zur Periode 2017 bis 2021 – marginal auf 0,6 Prozentpunkte. Trotz dem aktuell unsicheren wirtschaftlichen Umfeld entwickelt sich der Arbeitsmarkt in der EU im heurigen Jahr robust.

Rang 21
beim Beschäftigungswachstum
in der EU im Jahr 2023

BESCHÄFTIGUNG

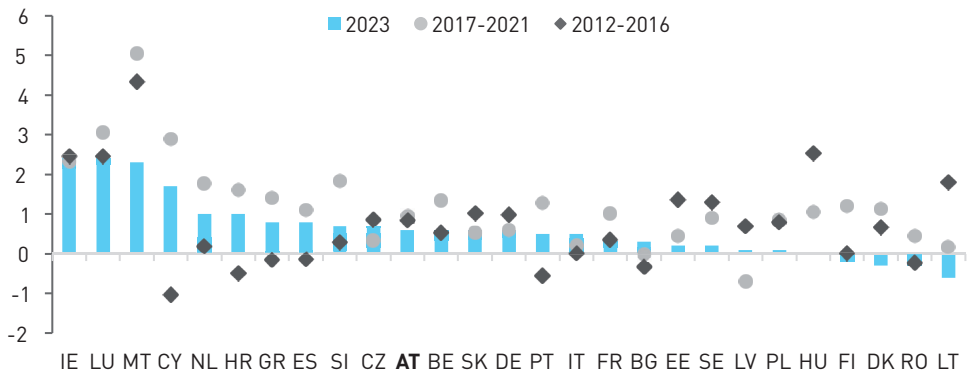
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	0,6	0,6	0,5	11	IE, LU, MT
2022	2,6	2,3	2,0	13	IE, MT, LT
Ø 2017-2021	1,0	0,9	0,9	16	MT, LU, CY
Ø 2012-2016	0,8	0,4	0,5	11	MT, HU, LU

Erwerbstätige, Veränderungsrate ggü. Vorjahr in %

2023 steigt die Anzahl der Beschäftigten in Österreich – in einem ähnlichen Ausmaß wie im Eurozonen- und EU-27-Schnitt – um 0,6 %. Damit liegt das Land auf Rang 11 in der EU. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern weisen Österreichs Veränderungsraten bei den Erwerbstätigen eine geringere Schwankungsbreite auf: Die Beschäftigung konnte in fast allen früheren Krisenjahren ausgebaut werden, stieg jedoch in Wachstumsphasen weniger stark als in anderen Ländern. Der demografische Wandel und die damit einhergehende Arbeitsangebotsverknappung in den nächsten Jahren stellen eine große Herausforderung für den Wirtschaftsstandort und den künftigen Wohlstand Österreichs dar.

ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %

Großteils positives Beschäftigungswachstum trotz aktueller Situation, jedoch große Unterschiede. Wachstumsdynamik lässt nach.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Bis auf Lettland, Rumänien, Dänemark, Finnland und Ungarn soll die Beschäftigung im Jahr 2023 in allen EU-Ländern wachsen, was auf robuste europäische Arbeitsmärkte hindeutet. Relativ zu 2022 schwächt sich die Dynamik aber in allen EU-Ländern aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten ab. Sehr positive Entwicklungen – mit einem Beschäftigungswachstum von über 2 % – sind in Irland, Luxemburg und Malta zu beobachten. Relativ zur Periode 2017 bis 2021 wird heuer für 20 der 27-EU-Mitgliedsstaaten ein geringeres Beschäftigungswachstum erwartet.

BESCHÄFTIGUNGSQUOTE

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	76,1	75,6	75,0	15	NL, DE, DK
2022	75,9	75,1	74,7	13	NL, DE, DK
Ø 2017-2021	73,9	72,2	71,9	13	DE, NL, DK
Ø 2012-2016	72,5	68,2	67,6	6	DE, NL, SE

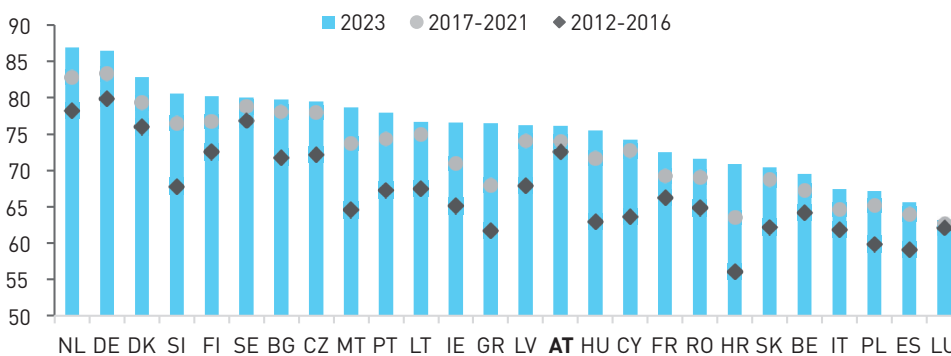


Rang 15
bei der Beschäftigtenquote
in der EU im Jahr 2023

Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 in %

Die Beschäftigungsquote ist ein Indikator dafür, wie gut eine Volkswirtschaft das ihr zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotenzial nutzt. Sie gibt an, welcher Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre) in Beschäftigung ist. Österreich rutscht 2023 mit einer Beschäftigungsquote von 76,1 % im EU-Vergleich auf Rang 15 ab und befindet sich knapp über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. In der Periode 2012 und 2016 lag Österreich noch auf Rang 6 in der EU, in den Jahren 2017 bis 2021 nur mehr auf Rang 13. Trotz der aktuellen Unsicherheiten wird 2023 relativ zum Vorjahr ein leichter Anstieg der heimischen Beschäftigtenquote prognostiziert.

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN AN DER BEVÖLKERUNG ZWISCHEN 15 UND 64 IN %



Beschäftigungsquoten steigen seit Jahren zum Teil stark an. Österreich fällt im EU-Vergleich etwas zurück.

Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Beschäftigungsquote liegt 2023 im Eurozonenschnitt bei 75,6 % und im EU-27-Durchschnitt bei 75 %, mit großen Unterschieden zwischen den Mitgliedsländern. Am höchsten ist die Beschäftigungsquote in den Niederlanden (86,9 %), gefolgt von Deutschland (85,6 %) und Dänemark (82,9 %). Deutschland und die Niederlande bleiben somit auf den ersten beiden Plätzen. In allen EU-Ländern ist die Beschäftigungsquote relativ zur Periode 2017 bis 2021 – teilweise stark – gestiegen, wobei Österreich mit einem Anstieg vom 2,2 Prozentpunkten unter dem EU-27-Schnitt von 3,1 Prozentpunkten liegt.

Rang 22
beim Wachstum der
Arbeitsproduktivität
in der EU im Jahr 2023

ARBEITSPRODUKTIVITÄT

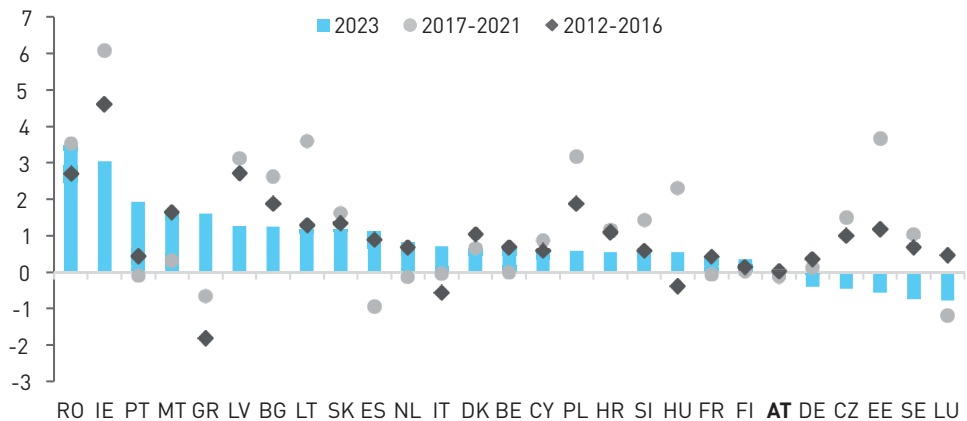
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	-0,2	0,5	0,5	22	RO, IE, PT
2022	2,3	1,2	1,5	10	IE, PL, RO
Ø 2017-2021	-0,1	0,1	0,4	23	IE, EE, LT
Ø 2012-2016	0,0	0,4	0,5	24	IE, LV, RO

Produktivität pro Beschäftigtem, Veränderung ggü. Vorjahr in %

Bei der Arbeitsproduktivität pro erwerbstätiger Person wird in Österreich 2023 – nach einem starken Anstieg 2022 – ein Rückgang von 0,2 % erwartet. Im Gegensatz dazu steigt heuer die Arbeitsproduktivität im Eurozonen- und EU-27-Schnitt um 0,5 %. Somit fällt Österreich im Jahr 2023 auf Rang 22 zurück. Schon im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 (+0 %) sowie 2017 bis 2021 (-0,1 %) ist die Arbeitsproduktivität in Österreich stagniert. Produktivitätswachstum ist jedoch nötig, um langfristig nachhaltige Lohnsteigerungen zu ermöglichen, ohne die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

PRODUKTIVITÄT PRO BESCHÄFTIGTEM, VERÄNDERUNG GGÜ. VORJAHR IN %

Im Großteil der EU-Länder wird 2023 im Gegensatz zu Österreich ein Wachstum der Arbeitsproduktivität erwartet.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Arbeitsproduktivität ist im EU-27-Schnitt 2022 um 1,5 % gestiegen und soll auch 2023 – wenn auch etwas geringer – mit 0,5 % wachsen. Ähnliche Werte weist der Eurozonenchnitt auf. Hohe Steigerungsraten werden insbesondere in den südlichen Mitgliedsstaaten (Rumänien, Portugal, Malta und Griechenland) erwartet, während Rückgänge mehrheitlich in mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Tschechien, Luxemburg), aber auch Estland und Schweden prognostiziert werden. Im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten fand in Österreich in den letzten 10 Jahre keine nennenswerte Steigerung der Arbeitsproduktivität statt.

Öffentliche Finanzen

Krise lässt nominale Schulden steigen. Schuldenstand, Zinswende und Transformationsherausforderungen erfordern strukturelle Reformen.





Rang 20
 bei der Staatsschulden-
 quotenhöhe
 in der EU im Jahr 2023

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG

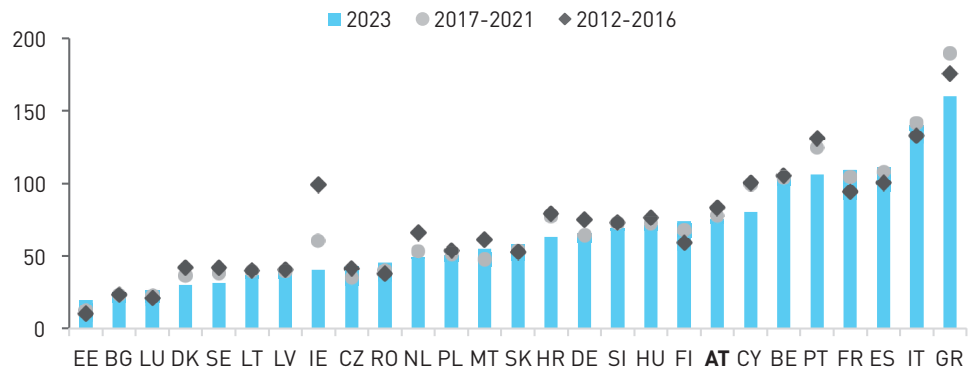
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	75,4	90,8	83,4	20	EE, BG, LU
2022	78,4	93,1	85,3	20	EE, BG, LU
Ø 2017-2021	77,7	92,0	85,1	20	EE, LU, BG
Ø 2012-2016	83,0	93,8	87,5	19	EE, LU, BG

Schuldenstand des Gesamtstaates in % des BIP

Österreich hat 2023 mit 75,4 % des BIP die achthöchste Staatsverschuldung innerhalb der EU-27 und liegt damit auf Rang 20. Dies entspricht dem langjährigen Schnitt. Trotz der Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19- und Energiepreiskrise in den letzten Jahren, liegt die heimische Staatsschuldensquote lediglich um 4,8 Prozentpunkte über dem Vorkrisenjahr 2019. Dieser relativ moderate Anstieg lässt sich auf die hohen Inflationsraten und den damit verbundenen BIP-Nenner-Effekt zurückführen. Österreichs Staatsschuldenquote liegt unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Das maximale Verschuldungsziel des – aktuell unter Reformvorhaben stehenden – EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts von maximal 60 % verfehlt Österreich jedoch weiterhin klar.

SCHULDENSTAND DES GESAMTSTAATES IN % DES BIP

Die Hälfte der EU-Länder erfüllen die Maastricht-Grenze von 60 % des BIP, Österreich hat diesen Wert seit dem EU-Beitritt 1995 noch nie erreicht.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Der Höhepunkt des Schuldenstands wurde im EU-27-Durchschnitt 2020 – mit 91,7 % des BIP – erreicht, heuer soll die Staatsschuldenquote auf 83,4 % sinken. Die Schuldenstände der Mitgliedsländer gemessen am BIP sind nach wie vor sehr unterschiedlich: Niedrige Schuldenstände haben insbesondere die osteuropäischen und baltischen Länder sowie Luxemburg, Dänemark und Schweden. Die zwei am stärksten verschuldeten Länder – Griechenland und Italien – sowie das hochverschuldete Portugal können ihre Staatsschuldenquote 2023 relativ zum Durchschnitt der Periode 2017 bis 2021 zum Teil stark reduzieren. 14 von 28 Ländern halten 2023 die Maastricht-Grenze von 60 % Staatsverschuldung ein.

PRO-KOPF-SCHULDEN

	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	39 985,3	37 131,3	31 261,1	23	BG, EE, RO
2022	38 746,7	35 812,7	30 053,7	23	BG, EE, RO
Ø 2017-2021	33 929,4	31 295,4	26 108,5	23	BG, EE, RO
Ø 2012-2016	32 511,4	28 247,4	23 441,7	24	BG, EE, RO

Öffentliche Verschuldung pro Einwohner in Euro

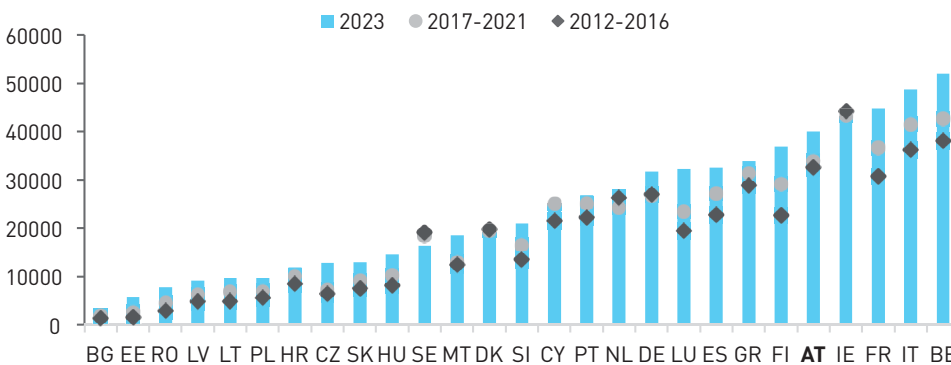
Gemessen an den Schulden pro Kopf, nimmt Österreich eine schlechtere Position im europäischen Vergleich ein als beim öffentlichen Schuldenstand in % des BIP. Die nominale öffentliche Verschuldung pro Kopf soll 2023 mit rund 40.000 Euro den bisherigen Höhepunkt erreichen. Die heimischen Schulden pro Kopf liegen damit deutlich über dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt an fünfftletzter Stelle, was der langjährigen Situation entspricht.



Rang 23

bei den Pro-Kopf-Schulden
in der EU im Jahr 2023

ÖFFENTLICHE VERSCHULDUNG PRO EINWOHNER IN EURO



Quelle: Europäische Kommission

Die Eurozone hat höhere Pro-Kopf-Schulden als die EU-27. Griechenland, Spanien und Portugal haben 2023 niedrigere Pro-Kopf Schulden als Österreich.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die Schulden gemessen an Köpfen lag in der Vergangenheit und auch im Jahr 2023 im Eurozonen Durchschnitt (2023: 37.131 Euro) höher als im Durchschnitt der EU-27-Länder (2023: 31.261 Euro). Bei den für 2023 erwarteten Schulden pro Kopf reicht die Spanne in der EU von 3.460 Euro in Bulgarien bis 51.980 Euro in Belgien. Große EU-Länder wie Italien, Frankreich, Deutschland oder Spanien haben einen viel höheren Schuldenstand pro Kopf als Länder wie Bulgarien, Rumänien oder die baltischen Staaten. Griechenland liegt bei der öffentlichen Verschuldung pro Einwohner an siebtletzter Stelle in der EU und somit um zwei Ränge vor Österreich.

Rang 13
bei den Zinszahlungen
gemessen am BIP
in der EU im Jahr 2023

ZINSLAST

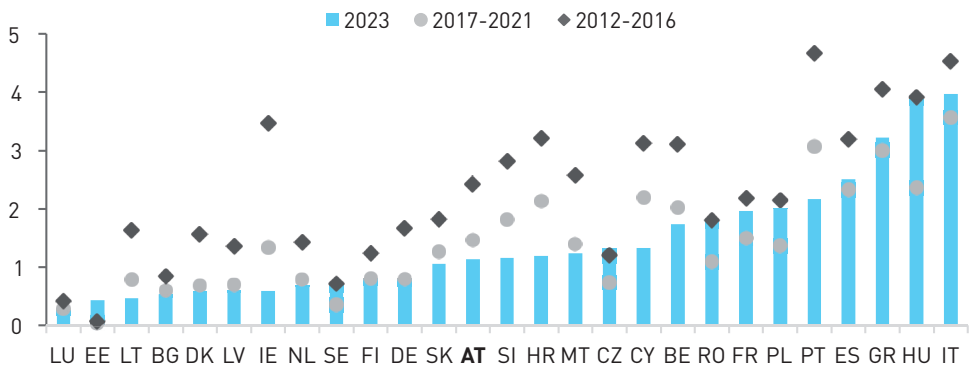
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	1,1	1,7	1,7	13	LU, EE, LT
2022	0,9	1,7	1,6	12	EE, LU, LT
Ø 2017-2021	1,5	1,7	1,6	17	EE, LU, SE
Ø 2012-2016	2,4	2,6	2,4	16	EE, LU, SE

Zinszahlungen des Gesamtstaats in % des BIP

Aufgrund der hohen Staatsverschuldung verbuchte Österreich im Jahr 2022 Zinszahlungen in Höhe von 0,9 % des BIP. Durch die gestiegene nominelle Staatsverschuldung sowie die höhere Zinslast neu emittierter Schuldverschreibungen steigen die heimischen Ausgaben 2023 auf 1,1 % des BIP. Dies entspricht rund 5,3 Mrd. Euro, Tendenz steigend. Obwohl die Zinslast historisch gesehen aktuell noch unterdurchschnittlich ist, sind die Kosten der Zinszahlungen erheblich. Zum Vergleich: Österreich gibt laut Budgetunterlagen im Jahr 2023 nicht ganz 6 Mrd. Euro für Wissenschaft und Forschung aus.

ZINSAHLUNGEN DES GESAMTSTAATS IN % DES BIP

Die Trendumkehr bei den Zinszahlungen ist bereits erkennbar: 11 EU-Länder weisen 2023 höhere Zinszahlungen gemessen am BIP auf als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021.



Quelle: Europäische Kommission

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Die EU profitiert aktuell noch vom Niedrigzinsumfeld, das bis 2021 bestanden hat. Durch dieses ist die Zinslast in Prozent des BIP seit 2012 trotz kontinuierlich steigender nomineller Staatsschulden gesunken. Es zeichnet sich jedoch eine Trendumkehr ab. Zwar stagniert die Zinslast in Prozent des BIP 2023 im Eurozonen- und EU-27-Schnitt bei 1,7 %, 11 der 27 EU-Länder weisen jedoch schon Zinszahlungen über dem Durchschnitt der Periode 2017 bis 2023 auf.

STRUKTURELLES DEFIZIT

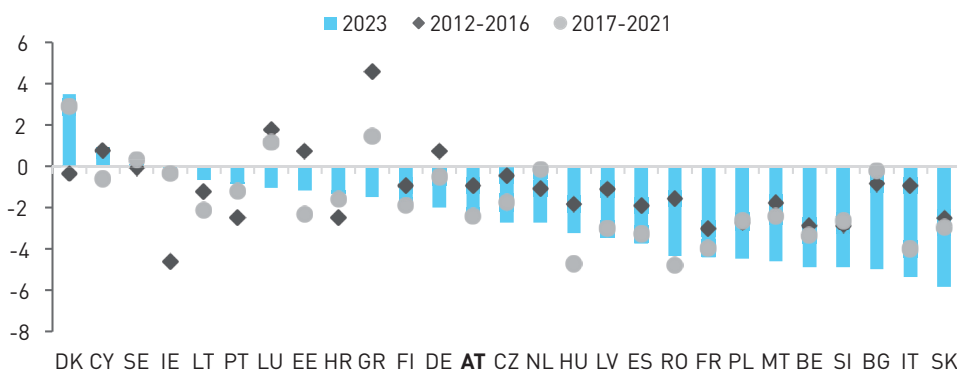
	Österreich	Eurozone	EU-27	Rang in der EU	Top 3
2023	-2,5	-3,2	-3,0	13	DK, CY, SE
2022	-3,8	-3,7	-3,5	17	DK, CY, SE
Ø 2017-2021	-2,4	-2,2	-2,1	16	DK, GR, LU
Ø 2012-2016	-1,0	-1,1	-1,1	12	GR, LU, CY

Struktureller Budgetsaldo in % des BIP

Rang 13
beim strukturellen Defizit
in der EU im Jahr 2023

Das strukturelle Defizit beschreibt jenen Teil des Budgetdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist und herangezogen wird, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen besser beurteilen zu können. Österreich liegt 2023 bei -2,5 % des BIP, was einer Verbesserung – relativ zu 2022 – um 1,3 Prozentpunkte und in etwa dem Schnitt der Periode 2017 bis 2021 entspricht. Im EU-Vergleich liegt Österreich damit auf Rang 12 sowie unter dem Eurozonen- und EU-27-Schnitt. Mittel- bis langfristig kann ein ausgeglichenes strukturelles Defizit und somit nachhaltige öffentliche Finanzen nur erreicht werden, wenn zukunftsorientierte Strukturreformen, welche die Effekte des demografischen Wandels abfedern und den ökologischen und digitalen Transformationsprozess ermöglichen, umgesetzt werden.

STRUKTURELLER BUDGETSALDO IN % DES BIP



Quelle: Europäische Kommission

2023 erzielen lediglich Dänemark, Zypern und Schweden einen strukturellen Überschuss in der EU.

Entwicklung in ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

Aufgrund der anhaltenden Effekte der Energiepreiskrise 2022 weisen mit Ausnahme von Dänemark, Zypern und Schweden sämtliche EU-Länder ein **negatives strukturelles Defizit im Jahr 2023 auf**. Innerhalb der strukturellen Defizitstaaten lässt sich jedoch eine hohe Streuung erkennen, wobei 8 Länder ein strukturelles Defizit zwischen 0 % und 2 %, 7 Länder zwischen 2 % und 4 % sowie 9 Länder über 4 % aufweisen. Die höchsten strukturellen Defizite verzeichnen 2023 die Slowakei, Italien und Bulgarien mit über 5 % des BIP.

5 Zusammenfassung und Bewertung

Die Effekte der Covid-19- und der Energiepreiskrise werden langfristige Spuren hinterlassen. Österreich ist bisher – gestützt durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen – relativ gut durch die wirtschaftlich anspruchsvollen Jahre gekommen. Das Jahr 2023 bringt jedoch einen deutlichen Dämpfer. Das Wirtschaftswachstum wird im EU-Vergleich nur unterdurchschnittlich ausfallen, das Exportwachstum bricht ein, und die Investitionen erholen sich weiterhin nicht. Stark steigende Lohnstückkosten, eine Reduktion der Arbeitsproduktivität sowie die weiterhin hohe und merklich über dem EU-Schnitt liegende Inflationsrate werden den Wirtschaftsstandort Österreich kurz- und mittelfristig unter Druck setzen.

Die österreichische Wirtschaft hat das Potenzial, Wohlstand auch langfristig abzusichern, sofern standortpolitische Belastungen nicht zu schwerwiegend werden. Es müssen daher Voraussetzungen geschaffen werden, um diese Belastungen kontinuierlich zu reduzieren:

- preisliche Wettbewerbsfähigkeit,
- vielfältige und differenzierte Wirtschaftsstruktur mit einem verstärkten Fokus auf Zukunftstechnologien,
- sinnvolle Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten,
- starke Forschungs- und Entwicklungslandschaft,
- qualifizierte Fachkräfte und
- eine international anerkannte und konkurrenzfähige Industrie- und Tourismuswirtschaft

tragen allesamt zur langfristigen Wohlstandsabsicherung und -steigerung bei.

Fazit: Österreich belegt im Standort-Check 2023 nur mehr bei zwei Schlüsselindikatoren Top 10-Platzierungen (BIP-Pro-Kopf sowie F&E-Quote) und kommt oftmals nicht über das Mittelmaß hinaus – und das, obwohl das Land eines der reichsten Europas ist.

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik – und hier insbesondere auch Industriepolitik – muss strukturelle Reformen auf den Weg bringen, um den Standort langfristig abzusichern. Ziel muss es sein, Österreich nach den Krisenjahren an die europäische Spitze zu bringen und gleichzeitig den ökologischen und digitalen Wandel zu vollziehen.

Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Wirtschaftspolitik

Leitung: Thomas Eibl

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, <https://news.wko.at/wp>, wp@wko.at

Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Harald Mahrer

Tätigkeitsbereich: Information, Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.

Chefredaktion: Thomas Eibl

Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien

Offenlegung: <https://www.wko.at/Offenlegung>

Kontaktperson/Autor: Mag. Christoph Schmid, +43 (0)5 90 900-4924, christoph.schmid@wko.at

August 2023